

«Mutlos und ohne Visionen»

Sitzung Mehrere Mitglieder des Grossen Rats kritisieren die schmale Mittelschulstrategie. Bildungsdirektorin Monika Knill verteidigt das Papier, das alte Hürden abschaffe und dadurch eine ganz neue Dynamik ermögliche.

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch

Da waren sie wieder, die Kritikpunkte am neuen «Gesamtkonzept Thurgauer Mittelschulen». «Das kann es jetzt aber nicht gewesen sein», dachte sich Roland A. Huber (BDP, Frauenfeld), als er das Papier gelesen hatte. «Dünn und mutlos» nannte es Marianne Sax (SP, Frauenfeld). Für Joe Brägger (GP, Amriswil) ist das Konzept zwar auf gutem Weg, aber «ohne Visionen». Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) fehlen im Konzept die Grenzen. Ähnliche Bedenken wurden bereits am Podium laut, das die Förder- und Alumni-Vereinigungen der Kantonsschulen vergangene Woche veranstaltet hatten (TZ vom Samstag).

Das berühmte «Fleisch am Knochen» sei aber durchaus vorhanden, betonte Bildungsdirektorin Monika Knill. «Auf der Detailebene können Sie erkennen, dass einschneidende Entwicklungsmöglichkeiten im Konzept stecken.» Mit der alten Strategie funktioniere lange nicht alles so flexibel, wie das teilweise erwartet werde. Wenn diese Hürden erst fallen würden, entwickle sich eine Dynamik, die ganz Neues zulasse, sagte Knill. «Dinge, wie sie im Papier vermisst werden.» Auch Grenzen seien trotz der neuen Teilautonomie gegeben. Das Bundesgesetz, das Maturitätsreglement und auch überregionale und globale Entwicklungen würden den Rahmen für die Mittelschulen vorgeben.

Strategie geht in die richtige Richtung

Die Regierungsrätin konnte sich nach der Eintretensdebatte auch über Rückenwind freuen. Die meisten Redner bedankten sich für die Arbeit und freuten sich über die Richtung, die das Kon-



Die Diskussion des Grossen Rates zur Mittelschulstrategie im Weinfelder Rathaus: SP-Kantonsrätin Marianne Sax (Frauenfeld) am Rednerpult und Bildungsdirektorin Monika Knill im Vordergrund.

Bild: Reto Martin

zept einschlägt – auch wenn Konkretes vermisst wurde. Huber sprach von drei Zugeständnissen: die Flexibilität bei der Mittelzuweisung, die neue Teilautonomie und die Abschaffung der Weisung, dass alle drei Kantonsschulen ein identisches Angebot führen müssen. Die Teilautonomie freut auch Cornelia Hasler-Roost (FDP, Aadorf). Sie gibt aber zu bedenken: «Es ist heikel, wenn dann alle Kantonsschulen auf die

gleichen Stärken setzen.» Alex Frei (CVP, Eschlikon) bemerkte, dass keine übermässige Rivalität entstehen darf. Um diesen Bedenken entgegenzuwirken, ist eine gute Zusammenarbeit wichtig. Reto Ammann wünscht sich diesbezüglich, dass das Departement die Schritte in die Teilautonomie in eine Richtung lenkt, «die dem Thurgau dient».

Ein weiterer an der Sitzung mehrfach angesprochener Punkt

ist das Untergymnasium. Sax will damit mehr junge Männer in die Kanti holen. «Es gibt kluge Buben, die in der Sek nicht mehr aufstrecken, weil sie keine Streber sein wollen.» Mit einer frühzeitigen Förderung nicht nur von Musikern und Sportlern, sondern auch von «schlauem Allroundern», wie Sax es ausdrückt, könne auch die Maturitätsquote angehoben werden. Knill verweist dazu auf die neuen Massnahmen

zur Begabtenförderung (die TZ berichtete). Das Thema Untergymnasium sei deshalb nicht weiter verfolgt worden.

Nach der Eintretensdebatte zeigte die Uhr bereits 12.40 Uhr, und die meisten Kantonsräte waren auf dem Sprung. Grossratspräsidentin Heidi Grau stellte deshalb alle Punkte gemeinsam zur Detaildiskussion und erklärte das Geschäft für erledigt, als sich niemand mehr meldete.

Konkurrenz für private Apotheken

Vorstoss Die thurmed AG, die zu 100 Prozent in Kantonsbesitz ist, plant ab dem ersten Quartal 2019 den Betrieb einer öffentlichen Apotheke im Kantonsspital Frauenfeld. Damit konkurreiere der Kanton die Apotheken in privater Hand, kritisieren acht Kantonsräte aus allen Fraktionen, die zusammen eine Interpellation eingereicht haben. Dies vor dem Hintergrund, dass der Thurgau schon jetzt eine der tiefsten Apothekendichte der Schweiz aufweise und mit dem Wegfall der Spitalaustrittsrezepte gerade die ländlichen Betriebe in ihrer Existenz bedroht würden.

Die Interpellanten erkundigen sich deshalb nach der gesetzlichen Grundlage und einem allfälligen Leistungsauftrag für die Führung einer öffentlichen Apotheke durch thurmed. Auch wollen die Kantonsräte wissen, ob die Regierung geprüft habe, den Betrieb dieser Apotheke den privaten Anbietern im Thurgau zu übergeben. (ck)

Gsaat isch gsaat

«Wir haben Ihnen keine Diätvorlage serviert.»

Regierungsrätin **Monika Knill** findet, dass das Konzept für die Mittelschulen genug Fleisch am Knochen hat.

«Das chann's jetzt aber nöd gsi si.»

Roland A. Huber (BDP, Frauenfeld) sieht das völlig anders als Monika Knill.

«Wir können nicht einfach die zehn Gebote ins Gesetz schreiben. Das Leben ist komplizierter.»

Die neuesten Einsichten von **Hermann Lei** (SVP, Frauenfeld) sind von biblischer Dimension.

«Deutsch ist in Deutschland noch immer recht gut verbreitet.»

Wer wollte **Pascal Schmid** (SVP, Weinfelden) da widersprechen?

Nicht alle Verschärfungen geschluckt

Einbürgerungen Die SVP hat bei der Beratung des Bürgerrechtsgesetzes im Grossen Rat weiter an der Schraube gedreht. Diesmal aber mit durchzogenem Erfolg.

Kündigen sich neue Mehrheiten an? Noch vor zwei Wochen konnte die SVP bei der Heraufsetzung der Sprachhürde für Einbürgerungskandidaten eine Mehrheit des Grossen Rates hinter sich scharen (58:57). Die gestrigen Resultate mussten der Partei im Hinblick darauf, dass auch die Sprachanforderungen nochmals auf den parlamentarischen Prüfstand kommen werden, zu denken geben. Denn nun hatte die SVP bei ihren erneuten Verschärfungsanstrengungen gleich zweimal die Mehrheit gegen sich.

Nicht reüssieren konnte Pascal Schmid (SVP, Weinfelden) mit dem Versuch, die Gemeinden in die Pflicht zu nehmen. Diese sollten künftig die Kenntnisse der

Einbürgerungswilligen über die örtlichen Lebensverhältnisse zwingend mit einem Gespräch oder einem Test abklären, falls sie nicht offensichtlich sind. In der Fassung der Kommission steht es den Gemeinden frei, einen Test zu verlangen oder nicht.

Behörden gewissen Spielraum lassen

Die Gegner des Vorstosses verwiesen denn auch auf die Gemeindeautonomie. Zur schweizerischen Rechtstradition gehöre, dass politischen Behörden ein gewisser Spielraum gelassen werde, sagte Dominik Diezi (CVP, Stachen). Zudem sei der Antrag überflüssig: «Wenn auf den Test verzichtet wird, ist nicht vorstell-

bar, dass das vorher nicht in einem Gespräch abgeklärt worden ist.» Mit 63 gegen 53 Stimmen folgte der Rat dieser Lesart.

Hermann Lei (SVP, Frauenfeld) scheiterte in der Folge ebenfalls: Er wollte im Gesetz die verlangten «geordneten finanziellen Verhältnisse» konkretisieren. Insbesondere dürften keine finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber dem Staat in Form von Verlustscheinen vorhanden sein. «Es geht hier nicht um Betreibungen», betonte Lei. Auch sein Antrag unterlag (53 Ja zu 64 Nein).

Als Vertreter des abwesenden Antragstellers Iwan Wüst (EDU, Tuttwil) kam Lei aber doch noch zu seinem Erfolgsergebnis. Mit 61 gegen 58 Stimmen wurde neu ins

Gesetz hineingeschrieben, dass die Behörden beim Wohnortwechsel eines Einbürgerungskandidaten ergänzende Abklärungen treffen müssen. Die Gegner hielten auch diesen Vorstoss für überflüssig. «Das ist schon gelebte Praxis», sagte Regierungsrätin Cornelia Komposch. Pascal Schmid gelang es schliesslich noch (62:59), quasi eine Bringschuld für Einbürgerungskandidaten bei den vorgesehenen Tests ins Gesetz aufzunehmen. Damit sollte zugleich klargestellt werden, wer die Kosten dieser Abklärungen zu tragen hat – nämlich nicht der Staat.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Auch Behinderte müssen mehr bezahlen

Familienzulagen Nichterwerbstätige leisten künftig mehr Beiträge. Staatliche IV-Renten sind nicht betroffen.

Die Familienausgleichskasse hat in den vergangenen Jahren mehr Beiträge an Nichterwerbstätige ausbezahlt, als sie von dieser Bevölkerungsgruppe eingenommen hat. Mit einer Änderung des Gesetzes soll der Maximalbeitrag für Nichterwerbstätige deshalb von heute 20 auf höchstens 50 Prozent der AHV-Jahresbeiträge erhöht werden. Diese Erhöhung sei im Sinn der Solidarität berechtigt, fand die Mehrheit an der ersten Lesung im Grossen Rat.

Im Thurgau leben rund 9000 Personen, welche als Nichterwerbstätige gelten. Dazu gehören zum Beispiel Frühpensionierte, Pauschalbesteuerte oder Menschen, die eine Rente aus einer Unfallversicherung erhalten.

Von diesen 9000 Nichterwerbstätigen bezahlen rund 3000 Beiträge an die Familienausgleichskasse. Beitragspflichtig waren bisher Nichterwerbstätige, deren Vermögen beziehungsweise Renteneinkommen multipliziert mit dem Faktor 20 mindestens 300 000 Franken betrug. Hanspeter Heeb (GLP, Romanshorn) wollte mit einem Antrag Behinderte von der Beitragspflicht ausnehmen. Denn auf Renten aus Unfallversicherungen oder Abfindungen von Haftpflichtversicherungen müssen Familienzulagen bezahlt werden. «Der Staat bereichert sich am Unglück dieser Leute», sagte Heeb. Die grosse Mehrheit lehnte seinen Antrag ab. (lsf/sda)